

Beschluss der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Bundesländern

im Rahmen der Sprechertagung
vom 30. September bis 1. Oktober 2018 in Friedrichshafen

Beim Kohleausstieg muss deutsche Grundlastversorgung sichergestellt sein – Kohleausstiegspfad benötigt Gelingensbedingungen

(Friedrichshafen, 1. Oktober 2018) Die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU fordern Bundesregierung und Kohlekommission auf, den geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung an der gesicherten Grundlastversorgung unseres Landes zu orientieren. Außerdem ist dabei die Preisentwicklung auf dem Energiesektor zu beachten, denn Deutschland hat jetzt schon Höchstpreise beim Strom im europäischen Vergleich. Ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung hat sich an der ökologischen Entlastung, die damit verbunden ist, zu orientieren. Aus diesem Grund ist es notwendig, die technischen Möglichkeiten – wie zum Beispiel Speichertechnologien – und die Wechselwirkungen mit den sich stetig verändernde Wärme- und Verkehrssektor fortlaufend neu zu bewerten und das Konzept für einen Kohleausstieg entsprechend anzupassen. Auch sind der Fortschritt beim Ausbau der Übertragungsnetze und die Überwindung der bestehenden Netzengpässe in die Bewertung mit einzubeziehen. Darüber hinaus sind insbesondere die Wechselwirkungen mit dem europäischen Emissionshandelssystem zu beachten, das die europäischen CO₂-Emissionen deckelt und zielkonform reduziert.

Bei der Weiterentwicklung des Energiekonzepts der Bundesregierung müssen die Energieeffizienz, die Energiespeicherung sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie stärker berücksichtigt werden.

Begründung:

Der aktuell diskutierte Ausstieg aus der deutschen Kohleverstromung ab dem Jahr 2035 gefährdet die energetische Grundlastversorgung Deutschlands. Im Jahre 2017 lag der Anteil des erzeugten Stromes aus Kohle immer noch bei knapp 40 Prozent (25 Prozent Braunkohle, 15 Prozent Steinkohle), jener aus Kernenergie bei 10 Prozent. Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke 2022 muss deren Stromerzeugung kompensiert werden. Aktuell gibt es weltweit keine Technologie, um volatile Energiearten großtechnisch für die Sicherstellung der Grundlast zu puffern. Welche Technologien sich im Endeffekt durchsetzen und ob diese Technologien bis zum Jahr 2035 verfügbar sind, ist aktuell offen.

Eine Industrienation wie Deutschland braucht eine bezahlbare, stabile, unabhängige und sichere Energieversorgung. Diese darf sich nicht in die Abhängigkeit von Kohle- oder Atomstrom ausländischer Energieerzeuger begeben, zumal die gesicherte

Leistung unserer Nachbarländer ebenfalls abnimmt. Ein ideologischer Kohlausstieg, der allein zu Lasten heimischer Investitionen und Arbeitsplätze geht, aber zur künftigen Grundlastsicherung auf die Energieversorgung durch Nachbarländer setzt, ist grundsätzlich abzulehnen. Es geht um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland: alleine in der energieintensiven Industrie sind bundesweit 825.000 Arbeitsplätze gefährdet. Es gilt eine Abwanderung von Industriearbeitsplätzen zu verhindern – deutsche Arbeitsplätze wären verloren, aber dem globalen Klima wäre nicht geholfen.